

1 **Wahlprogramm der Grünen HSK 2025**

2

3 Entwurf 25. Juni 2025

4 **Für einen zukunftsfähigen Hochsauerlandkreis**

5 Die Herausforderungen der kommenden Jahre sind gewaltig: Klimakrise, soziale
6 Ungleichheit, demografischer Wandel, Digitalisierung, Energie- und Mobilitätswende. Sie
7 dulden keinen Aufschub – und sie erfordern einen politischen Aufbruch, der konsequent
8 ökologisch, solidarisch und generationengerecht handelt.

9 Wir GRÜNE im Hochsauerlandkreis fordern deshalb ein **neues, ambitioniertes**
10 **Zukunftsprogramm 2030**, das über bestehende Pläne hinausgeht und unseren Kreis
11 zukunftsfest aufstellt. Dieses Programm muss ökologische Belastungsgrenzen
12 respektieren, sozialen Zusammenhalt stärken und wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig
13 ausrichten. Es braucht verbindliche Ziele, ressort- und sektorenübergreifendes Denken,
14 wirksame Beteiligung der Bürger*innen – und den politischen Mut, die notwendigen
15 Schritte jetzt zu gehen.

16 **Nachhaltigkeit ist unser Leitprinzip.**

17 Wir wollen die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) fest in allen Planungs- und
18 Entscheidungsprozessen des Hochsauerlandkreises verankern. Öffentliche Vorhaben
19 sollen einem verbindlichen Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden. Und kommunale
20 Betriebe wie Beschaffungsmaßnahmen müssen konsequent nach Prinzipien der
21 Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden.

22 Nur so kann der Hochsauerlandkreis zum Vorreiter einer sozial-ökologischen und
23 wirtschaftlichen Transformation werden – lebenswert, zukunftsfähig und gerecht für alle
24 Generationen.

25 **1. Klima- und Umweltschutz – lokal handeln, global wirksam werden**

26 Der Klimawandel ist längst auch im Hochsauerlandkreis spürbar: Hitzesommer,
27 Starkregen, Waldsterben und Wasserknappheit betreffen unsere Region direkt. Diese
28 Entwicklungen fordern eine entschlossene, lokal verankerte Klimapolitik, die globale
29 Verantwortung ernst nimmt. Wir GRÜNE im HSK verstehen den Schutz des Klimas nicht
30 isoliert, sondern als integralen Bestandteil einer gerechten, wirtschaftlich starken,
31 ökologisch nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft.

32 **Ausbau der Erneuerbaren Energien**

33 Ein zentraler Hebel ist dabei der schnelle und naturverträgliche Ausbau der
34 erneuerbaren Energien – insbesondere der Wind- und Solarenergie. Mit der
35 Regionalplanänderung vom März 2025 wurden zahlreiche Windvorrangflächen im HSK
36 ausgewiesen. In Waldgebieten sollen dabei Kalamitätsflächen, die durch
37 Borkenkäferbefall oder Dürre entstanden sind, vorrangig genutzt werden. Wir haben im

38 Regionalrat durchgesetzt, dass auch sensible Naturräume (sog. Bereiche zum Schutz
39 der Natur) vom Ausbau ausgeschlossen bleiben. Wir streben an, dass der Ausbau von
40 Windenergie im Wald stets begleitet wird von freiwilligen ökologischen
41 Ausgleichsmaßnahmen wie Heckenpflanzungen, Bodenrenaturierung und
42 Biotopvernetzung im angrenzenden Wald.

43 **Nationalpark Arnsberger Wald**

44 Wir fordern weiterhin einen Nationalpark im Arnsberger Wald. Dieses Großschutzgebiet
45 wird als Rückgrat einer zukunftsfähigen Landschaftspolitik dienen – zum Schutz der
46 Biodiversität und des Regionalklimas, zur Stärkung der Klimaresilienz und des
47 Holzertrags auch angrenzender Wälder und als Erholungsraum für Bevölkerung und
48 Tourist*innen. Ein solcher Park schafft ökologische, soziale und ökonomische Mehrwerte
49 zugleich.

50 **Integriertes Wasserschutzkonzept**

51 Um unsere Wasserressourcen zukunftssicher zu machen, fordern wir ein integriertes
52 Wasserschutzkonzept, das sich an der Klimaanpassungsstrategie NRW orientiert. Unser
53 Ziel ist die Stärkung der Gewässerresilienz, die langfristige Sicherung der
54 Trinkwasserversorgung und die Wiederherstellung des natürlichen Wasserhaushalts.
55 Dafür braucht es einen konsequenten Hochwasserschutz nach dem 10-Punkte-Plan des
56 Landes, einen sparsamen Umgang mit Wasser als öffentlichem Gut, eine kreisweit mit
57 Kommunen, Land- und Forstwirtschaft sowie den Wasserverbänden abgestimmte
58 Wasserstrategie. Der Klimaatlas NRW und ein kreisweites Klimafolgenmonitoring sollen
59 hierfür die Entscheidungsgrundlage darstellen.

60 **Schwammwälder konsequent und schnell umsetzen**

61 Die Wiedervernässung von Wäldern und Mooren ist eine Schlüsselmaßnahme gegen
62 Klimafolgen. Schwammwälder erhöhen den Wasserrückhalt, binden CO₂, fördern
63 Biodiversität und reduzieren Hochwasserrisiken. Der Hochsauerlandkreis soll Pilotregion
64 für klimaresiliente Forstlandschaften werden. Wir fordern den Aufbau eines kommunalen
65 Maßnahmenfonds, gespeist aus Ersatzgeldern (§ 31 LNatSchG NRW) und gezielte
66 Investitionen in den Rückbau von mindestens 1.000 km Entwässerungsgräben und die
67 Renaturierung von 1000 ha Feuchtflächen bis 2030 sowie die Wiedervernässung von
68 Mooren, Aktivierung alter Bachverläufe und naturnahe Gewässerentwicklung. Dafür soll
69 der Kreis eine transparente Fortschrittskontrolle über ein öffentlich zugängliches
70 Monitoring (z. B. QGIS-basiert) sowie Personalstellen zur Umsetzung dieser
71 Maßnahmen einrichten – auch durch eine Hinwirkung darauf, dass die
72 Ersatzgeldverwendung für Personalkosten rechtlich geöffnet wird. Eine klare Priorität gilt
73 hierbei für FFH- und Vogelschutzgebiete, in denen bereits Maßnahmen geplant, aber
74 noch nicht umgesetzt wurden.

75 **Klimaschutz messbar und verbindlich machen**

76 Der Kreis soll Klimaneutralität bis spätestens 2040 mit einem konkreten Fahrplan
77 beschließen. Hierfür sollen gemeinsam mit den Sektoren verbindliche Ziele in den
78 Bereichen Mobilität, Energie, Gebäude und Landwirtschaft beschlossen werden.

79 Zur Steuerung und Kontrolle soll ein jährliches Umsetzungs- und Wirkungsmonitoring
80 eingeführt werden, das die Emissionsentwicklung in allen Sektoren dokumentiert, die
81 Wirksamkeit einzelner Maßnahmen transparent macht und Korrekturmaßnahmen
82 einleitet, wenn Klimaziele verfehlt werden.

83 Zentrale Maßnahme zur Zielerreichung soll der Aufbau eines jährlichen „Klimabudgets“
84 als politisch steuerbares Instrument werden, inklusive eines Dekarbonisierungsfahrplans
85 für alle kreiseigenen Liegenschaften. Zudem sollen alle geeigneten öffentlichen
86 Dachflächen bis 2028 für Photovoltaik genutzt werden. Wir fordern eine PV-Pflicht bei
87 neuen Gebäuden sowie eine umfassende Solarberatung für Bestandsbauten. Zudem
88 soll der Kreis darauf hinwirken, dass in allen Kommunen Schwammstadtprinzipien und
89 klimaresilientes Bauen strategisch verankert werden.

90 **Interkulturelle Teilhabe: Klimaschutz gemeinsam gestalten**

91 Eine ökologische Transformation gelingt nur mit allen Menschen. Wir wollen die Umwelt-
92 und Klimapolitik interkulturell öffnen mithilfe mehrsprachiger und barrierefreier
93 Informationsangebote zu Umwelt- und Klimathemen und einer gezielten Einbindung von
94 Initiativen für Migrant*innen und Menschen mit Behinderungen in kommunalen
95 Klimaprojekten, z.B. im Rahmen von gemeinsamen Stadtteilinitiativen,
96 Bildungsangeboten und Plattformen. Wir sind davon überzeugt, dass eine so gestaltete
97 Umweltbildung Brücken baut und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

98 **2. Mobilitätswende jetzt – sozial, ökologisch und alltagstauglich**

99 Mobilität ist mehr als Fortbewegung – sie ist Teilhabe, Lebensqualität und Klimaschutz
100 zugleich. Der Hochsauerlandkreis braucht eine zukunftsgerichtete Mobilitätsstrategie,
101 die ökologische Verantwortung mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Unser Ziel ist eine
102 Verkehrswende, die alle erreicht – unabhängig von Wohnort, Alter, Einkommen oder
103 körperlichen Voraussetzungen. Noch immer fließen öffentliche Mittel in fossile
104 Verkehrssysteme. Wir fordern den konsequenten Rückbau klimaschädlicher
105 Subventionen und die gezielte Umverteilung in nachhaltige Mobilitätsformen.
106 Investitionen sollen dort ansetzen, wo sie den größten Beitrag zu Teilhabe,
107 Lebensqualität und Klimaschutz leisten.

108 **Öffentlicher Nahverkehr als Rückgrat**

109 Bis 2035 muss der ÖPNV zum Rückgrat der Mobilität im ländlich geprägten HSK
110 werden. Wir fordern dafür einen Halbstundentakt auf allen Hauptverkehrsachsen,
111 Rufbus-Systeme für kleinere Ortschaften und abgelegene Regionen, ein kreisweites
112 Sozialticket, das Mobilität für alle bezahlbar macht sowie konsequent barrierefreie
113 Haltestellen und Fahrzeuge bis spätestens 2030.

114 Wir erwarten, dass die Reaktivierung der Röhrtalbahn zwischen Sundern und Arnsberg
115 mit hohem Tempo vorangebracht wird und die Planung für einen
116 Personenschienenverkehr zwischen Brilon und Paderborn gestartet wird.

117 Zudem muss das Mobilitätskonzept über die Kreisgrenzen hinausdenken: Die
118 Verkehrsverbindungen in die angrenzenden NRW-Landkreise sowie nach Hessen sind
119 essenziell für Alltag, Ausbildung und Arbeit vieler Menschen im HSK. Wir fordern
120 deshalb ein abgestimmtes Vorgehen mit den benachbarten Regionen, um
121 funktionierende, durchgängige Verbindungen zu schaffen und bestehende Lücken zu
122 schließen.

123 **Rad- und Fußverkehr stärken**

124 Aktive Mobilität schützt das Klima, fördert die Gesundheit und belebt unsere Orte.
125 Deshalb fordern wir den flächendeckenden Ausbau eines durchgängigen,
126 alltagstauglichen Kreisradwegenetzes – sicher, beleuchtet und ganzjährig nutzbar (inkl.
127 Winterdienst) sowie sichere Fußwege und Querungsmöglichkeiten an Kreisstraßen,
128 insbesondere im Umfeld von Schulen, Senioreneinrichtungen und Haltestellen.

129 **Multimodalität und Innovation fördern**

130 Moderne Mobilität ist vernetzt. Wir wollen die Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger
131 stärken durch intermodale Knotenpunkte zur Verknüpfung von Schienen-, Bus-, Rad-
132 und motorisiertem Individualverkehr (Multimodalität) an Bahnhöfen, zentralen
133 Haltestellen und Ortszentren. E-Mobilität und Ladeinfrastruktur sollen gezielt gefördert
134 werden, der Aufbau und Unterstützung von Carsharing- sowie Bikesharing-Angeboten –
135 auch in kleineren Gemeinden – sollen vom Kreis unterstützt werden.

136 **3. Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Demokratie stärken – für ein** 137 **solidarisches und vielfältiges Miteinander**

138 Eine gerechte Gesellschaft lebt von gleichen Chancen, echter Teilhabe und einer
139 starken Demokratie. Wir GRÜNE im Hochsauerlandkreis setzen uns dafür ein, dass alle
140 Menschen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Einkommen, Behinderungen und
141 Einschränkungen oder sozialem Status – die Möglichkeit haben, ihr Leben
142 selbstbestimmt zu gestalten, gehört zu werden und mitzubestimmen. Unser Ziel ist eine
143 Region, in der Vielfalt nicht nur anerkannt, sondern aktiv gefördert wird – sichtbar, hörbar
144 und wirksam.

145 **Bildung und Kultur: kostenfrei, zugänglich, vielfältig**

146 **Bildung** ist ein Fundament für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir
147 fordern gut ausgestattete Kitas mit ausreichend Fachpersonal. Wir brauchen mehr
148 barrierefreie Ganztagschulen mit moderner Ausstattung, nachhaltigen Gebäuden und
149 einem starken Netz an Schulsozialarbeit. Dabei soll Bildung für nachhaltige Entwicklung
150 (BNE) in allen Bildungseinrichtungen hohe Aufmerksamkeit zukommen, genauso wie
151 einer umfassenden Medienbildung und der digitalen Ausstattung für alle Schüler*innen.

152 Es sollen auch die außerschulischen Bildungsangebote wie Jugendzentren, kulturelle
153 Projekte, politische Bildung und Beteiligungsformate gestärkt werden.

154 **Kultur** ist ein weiteres Fundament für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe.
155 Sie prägt uns, verbindet uns und macht unser Leben reicher und interessanter. Sie kann
156 unseren Horizont erweitern und ermöglicht uns, die Welt aus verschiedenen
157 Perspektiven zu betrachten. Kultur ist sowohl Bestandteil unserer Bildung, als auch
158 Bereicherung unserer Freizeit und Lebensqualität. Wir wollen Museen, kulturelle
159 Einrichtungen, die HSK-Musikschulen, Theateraufführungen sowie das kulturelle
160 Ehrenamt fördern.

161 **Vielfalt als Stärke im Bildungssystem**

162 Inklusion und Integration sind Grundpfeiler gerechter Bildung. Schulen sollen Orte sein,
163 in denen kulturelle, sprachliche und individuelle Vielfalt anerkannt und gefördert wird. Wir
164 setzen uns ein für gezielte Sprachförderung und Unterstützung für neu zugewanderte
165 Kinder durch interkulturell geschulte Schulsozialarbeiter*innen sowie mehrsprachige
166 Informationsangebote für Eltern. Diversität bei Lehrmaterialien und Lehrkräften ist eine
167 wichtige Voraussetzung für eine diskriminierungssensible und rassismuskritische
168 Bildungspraxis. Wir benötigen mehr barrierefreie Räume und multiprofessionelle Teams
169 um allen Schüler*innen gerecht werden zu können und fordern eine verbindliche
170 inklusive Schulentwicklungsplanung, abgestimmt mit den Kommunen und Schulträgern.

171 **Inklusion leben – Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen**

172 Eine Gesellschaft für alle bedeutet, dass niemand ausgegrenzt wird. Inklusion ist kein
173 Zusatzauftrag, sondern Kern moderner Kreispolitik. Wir wollen den Hochsauerlandkreis
174 zu einer inklusiven Region weiterentwickeln. Dazu gehören kreiseigene
175 Inklusionsleitlinien als Richtschnur für Verwaltung und Politik und barrierefreier Rats-
176 und Ausschussarbeit (mit leichter Sprache, digitalen Zugängen, Gebärden- oder
177 Schriftdolmetschung). Inklusionsbeiräte mit Rede- und Antragsrecht können gezielt die
178 Bedarfe von Menschen mit Behinderungen einbringen. In öffentlichen Gebäuden sollten
179 inklusive Brandschutzsignale vorhanden sein und der öffentliche Raum oder
180 Veranstaltungen ohne Einschränkung für Menschen mit Behinderungen nutzbar sein.

181 **Teilhabe braucht Gerechtigkeit – Familien und Menschen in Armut stärken**

182 Viele Familien im Hochsauerlandkreis kämpfen mit steigenden Lebenshaltungskosten,
183 zu wenigen Betreuungsplätzen oder unsicherem Wohnraum. Deshalb unterstützen wir
184 den Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder aller Altersstufen. Wir fordern die
185 kommunale Unterstützung für Housing-First-Projekte, Clusterwohnungen für Menschen
186 mit Unterstützungsbedarf sowie soziale Wohnraumagenturen, die gezielt Menschen mit
187 schwierigen Ausgangslagen beraten und begleiten. Projekte wie „Brückenschlag“, die
188 wohnungslose Familien ganzheitlich unterstützen, müssen gesichert und ausgebaut
189 werden.

190 **Gleichstellung verwirklichen – Frauen stärken**

191 Gleichstellung ist immer noch eine zentrale Zukunftsaufgabe. Unser Ziel: den Anteil von
192 Frauen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft bis 2030 deutlich erhöhen – besonders
193 auch von Frauen mit Migrationsgeschichte oder Frauen mit Behinderungen. Wir fordern
194 ein engagiertes Vorgehen gegen Gewalt an Frauen – dazu gehört der Ausbau an
195 Frauenhausplätzen und Beratungsangeboten. Darüber hinaus fordern wir eine
196 geschlechtersensible Kommunal- und Regionalplanung. Wir wollen uns einbringen in
197 sichere Wege, barrierefreie Toiletten, gut beleuchtete öffentliche Räume sowie den
198 Ausbau von Frauenhausplätzen und spezialisierter Beratung. Dazu gehören die
199 strukturelle Förderung präventiver Angebote wie Täterarbeit, geschlechtssensible
200 Jugendprojekte, Gewaltprävention in Schulen. Wir wollen uns einbringen bei der
201 Organisation eines parteiübergreifenden Gleichstellungsarbeitskreises zur Stärkung
202 weiblicher politischer Teilhabe.

203 **Demokratie stärken – Teilhabe leben, Vielfalt schützen**

204 Demokratie lebt vom Mitmachen – und muss für alle zugänglich sein. Noch immer sind
205 Menschen mit Migrationsgeschichte, Behinderung oder geringem Einkommen in
206 politischen Prozessen unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern, indem wir uns für echte
207 Beteiligungsformate einsetzen, wie z.B. gestreamte Ratssitzungen, digitale
208 Abstimmungen, Bürgerräte und Beteiligungshaushalte. Projekte wie Urban Gardening,
209 Repair-Cafés oder „Dritte Orte“ zeigen, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt und
210 demokratische Kultur gestärkt werden können. Beteiligung darf kein Expert*innenprojekt
211 sein – sie muss einfach, niedrigschwellig und alltäglich möglich sein.

212 **Demokratie braucht Schutz:** Wir stellen uns konsequent gegen Rechtsextremismus,
213 Rassismus und Hetze. Unsere Gesellschaft lebt von Vielfalt – und diese gilt es zu
214 verteidigen. Die „**Demokratiezelle Dorf**“ steht für unser Verständnis: Demokratie
215 beginnt vor Ort – durch Zuhören, Mitgestalten, Aushandeln und gemeinsames Handeln.

216 **4. Gesundheit und Pflege: Dezentral, solidarisch und zukunftsfest**

217 Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Sie ist ein zentrales Gut unserer
218 Gesellschaft. Gesundheitsangebote müssen wohnortnah, bezahlbar und umfassend für
219 alle Menschen zugänglich sein. Doch die medizinische und pflegerische Versorgung im
220 HSK steht unter Druck: Arztpraxen bleiben unbesetzt, Pflegekräfte fehlen, Entfernungen
221 wachsen. Das belastet insbesondere psychisch Erkrankte, Menschen mit Behinderung
222 und Menschen in Armut. Wir wollen gegensteuern – mit einer aktiven, kommunal
223 getragenen Gesundheitspolitik und einer **mutigen Weiterentwicklung des Konzeptes**
224 **der Gesundheitsregion HSK**. Eine solidarische Gesundheitsversorgung muss auch die
225 Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund und Schutzsuchenden
226 berücksichtigen. Sprachliche und kulturelle Barrieren dürfen nicht zur Hürde beim
227 Zugang zu medizinischer Hilfe werden. Deshalb setzen wir uns für mehrsprachige
228 Informationsangebote, kultursensible Beratung und die interkulturelle Öffnung von
229 Gesundheitseinrichtungen ein. Auch bei psychischer Gesundheit brauchen geflüchtete
230 Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte gezielte, traumasensible Angebote.
231 Gesundheit darf nicht von Aufenthaltsstatus, Herkunft oder Sprachkenntnissen

232 abhängen, sondern muss für alle Menschen im Hochsauerlandkreis erreichbar und
233 verständlich sein.

234 **Dezentrale, solidarische Versorgungsstrukturen aufbauen**

235 Dezentrale, kommunale Gesundheitszentren sollen medizinische Grundversorgung,
236 Pflegeangebote und Gesundheitsförderung bündeln. Dort können Haus- und
237 Fachärzt*innen, Physiotherapeut*innen, Sozialarbeiter*innen und Pflegekräfte
238 gemeinsam arbeiten – angestellt und entlastet vom Druck der Selbstständigkeit.
239 Ergänzend setzen wir auf ambulante und gemeinschaftliche Wohnformen wie Senioren-
240 WG, um pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

241 Die Notfallversorgung muss deutlich verbessert und vereinheitlicht werden. Dazu
242 gehören transparente Öffnungszeiten, gut erreichbare Standorte und digitale
243 Information. Ebenso wichtig ist der Ausbau psychischer Gesundheitsangebote. Wir
244 fordern wohnortnahe Beratungsstellen, präventive Programme und eine
245 Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen.

246 Ein besonderer Fokus liegt auf der Gesundheitsversorgung von Familien und Kindern –
247 mit erreichbaren Kinderärzt*innen, Früherkennungsprogrammen und
248 Gesundheitsbildung in Kitas und Schulen. Telemedizin und digitale Sprechstunden
249 können Versorgungslücken schließen, wenn sie sinnvoll eingebettet sind.

250 **Umfassende Bedarfsanalyse**

251 Wir fordern die Erstellung eines regionalisierten Gesundheitsatlasses HSK mit
252 Indikatoren zu Versorgungsdichte, Facharztpräsenz, Wartezeiten, Erreichbarkeit,
253 Barrierefreiheit und Armutslagen. Dazu gehört eine unabhängige Analyse des
254 tatsächlichen Versorgungsbedarfs, z. B. in der psychiatrischen Versorgung, differenziert
255 nach Wohnort, sozialem Status und Migrationsgeschichte unter Beteiligung von
256 Sozialverbänden, Selbsthilfegruppen, Behindertenbeauftragten und Betroffenen an der
257 Datenerhebung und Bewertung.

258 **Infrastruktur für soziale Gerechtigkeit**

259 Es soll ein kreisweiter sozialmedizinischer Dienstes für arme, ältere oder migrierte
260 Menschen mit chronischen oder psychischen Belastungen geschaffen werden. Die
261 interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt, Sozialamt und Jugendhilfe
262 muss ausgebaut werden, wozu auch die digitale Erreichbarkeit und barrierefreie
263 Kommunikationsangebote für alle Gesundheitsdienste gehören.

264 **Aufsuchende, inklusive Versorgungsplanung**

265 Wir brauchen den Ausbau niedrighschwelliger, aufsuchender Angebote in gesundheitlich
266 unterversorgten Regionen. Das kann mit der Entwicklung eines regionalen Modells für
267 „Gesundheitskioske“ geschehen als multiprofessionelle Beratungsstellen in besonders
268 betroffenen Stadtteilen und Dörfern. Dazu gehört die Förderung integrativer
269 Gesundheitsangebote für Menschen mit Behinderung – insbesondere mit psychischen
270 Erkrankungen – in Zusammenarbeit mit freien Trägern.

271 **Transparente Fortschrittskontrolle**

272 Für eine effiziente und transparente Umsetzung erwarten wir jährliche Sozial- und
273 Gesundheitsberichte mit Fokus auf Gesundheitsgerechtigkeit, Erreichbarkeit und
274 Inklusion sowie eine öffentliche Evaluation der Versorgungssituation mit
275 Bürgerbeteiligung und Quartiersanalysen.

276

277

278 **5. Wirtschaft und Tourismus in der Region – nachhaltig und gerecht**

279 Der Hochsauerlandkreis steht für starke Unternehmen, engagiertes Handwerk und
280 innovative Ideen. Diese wirtschaftliche Kraft wollen wir bewahren und stärken, indem wir
281 sie zusammen mit den Unternehmen, Kammern und Verbänden in Richtung
282 Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung weiterentwickeln. Denn eine zukunftsfähige
283 Wirtschaft vereint ökologisches Handeln mit sozialer Gerechtigkeit und regionaler
284 Wertschöpfung.

285 Wir unterstützen die Digitalisierung des Handwerks, fördern grüne Innovationen und
286 setzen auf Bildung als Schlüssel zur Fachkräftesicherung. Besonders wichtig ist uns die
287 gezielte Förderung von Frauen in Wirtschaft und Führung – durch faire
288 Arbeitszeitmodelle, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine gerechtere
289 Verteilung von Sorgearbeit. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf
290 Kindertagesbetreuung und Ganztagsangebote sind dabei ein unverzichtbarer Baustein.

291 Zugleich braucht es eine aktive Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte in
292 die regionale Wirtschaftsentwicklung. Wir setzen uns für faire Zugänge zu Arbeit,
293 Ausbildung, Gründung und Weiterbildung durch interkulturelle Sensibilisierung und
294 Öffnung ein. Das Thema rund um die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und
295 eine gezielte Integration durch den Zugang zum Arbeitsmarkt spielt eine wichtige Rolle
296 auch für den Erhalt und die Stärkung der Facharbeiterschaft.

297 Gewerbeflächen wollen wir ressourcenschonend entwickeln: es gilt der Vorrang für die
298 Sanierung bestehender Flächen, Entsiegelung von Industrie- und Gewerbebrachen,
299 grüne Infrastruktur zur Versorgung und zur Stärkung der Resilienz gegen Extremwetter
300 und nachhaltige Mobilitätsangebote für Beschäftigte. Der Hochsauerlandkreis soll keine
301 weiteren Flächen für Gewerbegebiete erschließen, sondern kreative Lösungen finden,
302 um Wirtschaft und Klimaschutz zu verbinden, wie sie beim Modellprojekt Nachhaltige
303 Gewerbegebiete in Südwestfalen der IHK Arnsberg, Hellweg Sauerland pilotiert werden.

304 **Nachhaltiger Tourismus – sanft, klimagerecht, regional**

305 Auch der Tourismus spielt eine wichtige Rolle – als Wirtschaftsfaktor, aber auch als
306 Gestaltungsfeld für nachhaltige Entwicklung. Wir setzen auf Qualität statt Masse durch
307 die Weiterentwicklung naturverträglicher Angebote, Förderung regionaler Betriebe, gute
308 Erreichbarkeit ohne Auto und die Entwicklung des Kreises zur Modellregion für sanften,
309 klimagerechten Tourismus. Dabei sollen vor allem negative Auswirkungen von „over

310 tourism“ auf die lokale Bevölkerung verhindert werden, wie z.B. die dramatische
311 Verknappung von bezahlbarem Wohnraum in den touristischen Hotspots.
312 Es müssen auch migrantische Unternehmen und Initiativen aus der Kulturszene durch
313 interkulturelle Tourismusformate, Begegnungsräume oder neue Formate von sozialem
314 Unternehmertum im ländlichen Raum eingebunden werden.

315

316 **Abfallwirtschaft – Kreisläufe schließen, Ressourcen schützen**

317 Unsere Abfallwirtschaft muss zur echten Kreislaufwirtschaft weiterentwickelt werden. Ziel
318 ist ein System, das Müll vermeidet, Stoffkreisläufe schließt und Ressourcen spart. Der
319 Hochsauerlandkreis soll Vorreiter einer nachhaltigen Abfallpolitik werden – innovativ,
320 transparent und bürger*innennah.

321 Wir setzen auf höchste Recyclingquoten, Zero-Waste-Konzepte und die enge
322 Zusammenarbeit mit Schulen, Betrieben und zivilgesellschaftlichen Initiativen.
323 Aufklärungskampagnen und Bildungsangebote sollen das Bewusstsein für
324 Müllvermeidung und Ressourcenschutz stärken.

325 Technische Innovationen wie intelligente Sammelsysteme oder digitale Plattformen zur
326 Wiederverwendung gehören für uns ebenso dazu wie die Förderung lokaler
327 Reparaturinitiativen.

328 Kommunale Entsorgungsbetriebe sollen umweltfreundlich wirtschaften, faire
329 Arbeitsbedingungen bieten und ökologische Kriterien bei Ausschreibungen
330 berücksichtigen. Eine moderne Abfallwirtschaft ist nicht nur ökologisch notwendig,
331 sondern auch ein sozialer und wirtschaftlicher Gewinn.

332 Darüber hinaus fordern wir die Entwicklung eines Abfallvermeidungskonzepts für die
333 Kreisverwaltung selbst. Ziel ist es, alle Verwaltungsbereiche systematisch auf
334 Einsparpotenziale, Wiederverwendungsmöglichkeiten und umweltfreundliche
335 Beschaffung hin zu analysieren – und verbindliche Maßnahmen zur Reduktion von
336 Abfällen und Ressourcenverbrauch umzusetzen.